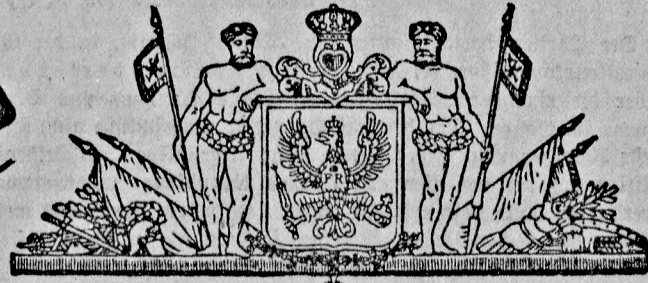


Wolffsche



Zeitung

5. März

Begründet

1704

Mit
Kurszettel

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt

Verlag Ullstein, Chefredakteur: Georg Bernhard, Verantw. Redakteur (m. Ausn. d. Handst.): Jul. Eibau, Berlin. Unverl. Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprach-Zentrale Ullstein, Amt Dänhoff 5500 - 5563 für den Fernverkehr Amt Dänhoff 3486 - 3495 Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin Postbankkonto Berlin 480

Englands Außenpolitik unverändert.

Ausschub der Orientkonferenz.

Drahtmeldung der „Wolffschen Zeitung“.

vi Paris, 23. Oktober.

Die letzten Nachrichten aus London bestätigen, daß die Franzosen sich geirrt haben, wenn sie nach dem Rücktritt Lloyd Georges auf eine Aenderung der englischen Außenpolitik rechneten. Es geht aus ihnen wenigstens mit Sicherheit hervor, daß Bonar Law an eine Lösung der schwebenden großen Fragen nicht herantreten will, ehe das englische Volk durch Neuwahlen Stellung dazu genommen hat. Auf französischer Seite neigt man vielfach zur Ansicht, daß Lloyd George wegen seiner Orientpolitik gestürzt worden ist, und schloß daraus etwas naiv, sein Nachfolger werde mit Freuden die erste Gelegenheit ergreifen, um eine Regelung der Orientfragen herbeizuführen. Man hoffte in Paris, daß Poincarés Erlauchen, die Orientkonferenz keinesfalls über den 13. November hinaus zu verschieben, in London angenommen werde. Unter diesen Umständen mußte es am Quai d'Orsay stark enttäuschen, als der englische Botschafter Sonntag vormittag die Mitteilung überbrachte, Lord Curzon hielte ein weitere Verschiebung der Orientkonferenz für unerlässlich, da Mitte November die englischen Wahlen stattfänden und die neue Regierung an einer so wichtigen internationalen Beratung nicht vor den Neuwahlen teilnehmen könne.

Der Sonderberichterstatter des „Matin“, Jules Sauerwein, bringt in seinem Blatt einen beachtenswerten Bericht aus London über die dort vorherrschende Auffassung der außenpolitischen Probleme. Er warnt die Franzosen eindringlich davor, zu glauben, daß Bonar Law sich in seiner Außenpolitik wesentlich von Lloyd George unterscheiden werde. Nach seiner Auffassung wird es für Frankreich am schwersten sein, sich mit dem neuen englischen Kabinett über eine entscheidendere Politik Deutschland gegenüber zu einigen. Sauerwein erklärt dann, daß Bonar Law vor einigen Monaten in der französisch-englischen Gesellschaft „France-Grande Bretagne“ erklärt hat, England würde niemals zustimmen können, daß Frankreich einen Teil des deutschen Gebiets als Pfand beansprucht. Dieser Standpunkt werde wohl gebilligt von der englischen Großindustrie, die um jeden Preis die industrielle Vorherrschaft Frankreichs auf dem Kontinent durch Vereinigung von Erz und Kohle verhindern will.

Sauerwein hebt weiter hervor, daß auch die bisher schärfsten Gegner Lloyd Georges der Ansicht sind, Frankreich habe England illoyal im Stich gelassen, als es seine Truppen vom asiatischen Dardanellenufer zurückzog. Trotzdem hält aber der Mitarbeiter des „Matin“ eine französisch-englische Verständigung nicht für ausgeschlossen, zumal diese von Amerika als Bedingung zur Mitarbeit der Vereinigten Staaten bei Lösung der europäischen Schwierigkeiten bezeichnet wird. Den ersten Schritt für diese Verständigung muß nach Sauerweins Londoner Eindrücken Frankreich tun, indem es „auf der Brüsseler Konferenz oder schon vorher“ einen Plan für eine „Finanzgesellschaft der Nationen“ vorlegt, der England die Hoffnung gibt, daß die Wiederaufnahme normaler Handelsbeziehungen mit dem Kontinent dadurch gefördert würde.

Sauerwein versichert, überall in London habe er die Ueberzeugung gefunden, daß die Meerengen-Frage und die Reparationsfrage dem Völkerbunde überwiesen werden könnten. Man habe ihm zu verstehen gegeben, daß der Völkerbund sehr wohl „gewisse Flotten“ mit der Aufgabe betreiben könnte, die Wacht an den Meerengen zu halten, und daß dafür „gewisse Heere“ das Mandat erhalten könnten, den Frieden einem beunruhigenden Deutschland gegenüber am Rhein zu sichern.

Einstellung der Ausgleichszahlungen bis Juli 1923.

Das Wolffsche Telegraphen-Büro teilt mit: „Die Verhandlungen mit den Vertretern der alliierten Ausgleichsämter sind am Sonnabend abgeschlossen worden. Die Vertreter der beiderseitigen Ausgleichsämter haben ein Abkommen vereinbart, wonach Deutschland bis zum Juli 1923 von Zahlungen im Ausgleichsverfahren befreit ist. Das Abkommen ist den Regierungen zur Annahme vorzulegen. Die Entscheidung der Reichsregierung wird im Zusammenhang mit der Regelung der allgemeinen Reparationsfrage zu erfolgen haben. Die Regierung bereitet eine Denkschrift über die gesamte Frage der Ausgleichsverhandlungen vor, die dem Reichstag demnächst vorgelegt werden soll.“

Die beiden Orientkonferenzen.

Die Einladung zu der Orientfriedens-Konferenz wird von Poincarés verhandelt werden, aber der Text ist noch nicht festgestellt worden. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird eine Schweizer Persönlichkeit die Sitzung eröffnen, bevor die Konferenz selbst ihren Vorsitzenden ernennen wird. Tatsächlich werden zwei

Konferenzen gleichzeitig abgehalten: erstens die eigentliche Friedenskonferenz, an der Frankreich, England, Italien, Japan, Jugoslawien, Rumänien, die Türkei und Griechenland teilnehmen, und zweitens die andere Konferenz über die Meerengenfrage, auf der Rußland, die Ukraine, Georgien und Bulgarien vertreten sein werden.

McKennas Rückkehr zur Politik.

Drahtmeldung der „Wolffschen Zeitung“.

c London, 23. Oktober.

In englischen politischen Kreisen hat die Nachricht, daß der frühere liberale Schatzkanzler und führende Londoner Bankfachmann Mac Kenna im Laufe des heutigen Tages in einer Versammlung der Londoner konservativen Vereinigung wieder das Wort ergreifen wird, großes Aufsehen hervorgerufen.

Der „Daily Express“ meldet, daß die Absicht des früheren liberalen Schatzkanzlers Mac Kenna, für Bonar Law einzutreten, einen großen Einfluß auf den Ausgang der Neuwahlen in der City und in ganz London ausübt. In einer Unterredung mit „Weekly Dispatch“ erklärte Mac Kenna, daß er auf einer Cityzusammenkunft für Bonar Law eintreten werde, brauche es nicht geschlossen zu werden, daß er bereit sei, in Bonar Laws Regierung einzutreten. „Weekly Dispatch“ erörtert, daß im April dieses Jahres auf einflußreiche Konversation ein Druck ausgeübt wurde, um sie zu veranlassen, Mac Kenna aufzufordern, als unabhängiger Kandidat für die City und London aufzutreten.

Die Rede Lloyd Georges in Leeds wird im allgemeinen von der liberalen Presse gut aufgenommen. „Daily Telegraph“ meint, seine Rede komme den besten und mächtigsten gleich, die er in seiner langen Laufbahn gehalten habe. Seine Rede sei eine meisterhafte Verteidigung der Regierung. Auch „Daily Chronicle“ erklärt, es sei eine über alles Erwarten klare Botschaft von Lloyd George, die man jetzt bekommen habe.

Winston Churchill, der sich langsam von seiner Blinddarmerkrankung erholt, hat dem Vorsitzenden der liberalen Vereinigung von Dundee ein Telegramm geschickt, in dem er ausführt, er sei der Vizepräsident der nationalen liberalen Vereinigung und beabsichtige als Liberaler und Freihändler aufzutreten. Aber er werde seine Wähler bitten, ihm zu gestatten, mit lauter Denkenden und fortschrittlich Gesinnten zusammenarbeiten, um die allgemeinen Interessen gegen die Sozialisten und Kommunisten zu verteidigen.

Garvin, der im „Observer“ bisher immer die Koalitionsregierung verteidigt hat, ist seit der Demission Lloyd Georges mit Panik und Tropen in seine gemäßigtere Lager übergegangen. Sein heutiger Sonntagsartikel ist eine vernichtende Kritik der Politik Lloyd Georges.

Ueber Frankreich, Rußland und Deutschland verbreitet sich Garvin in längeren Ausführungen. Ganz besonders mache sich Englands Isolierung jetzt bei der kommenden Konferenz über den nahen Osten bemerkbar. Frankreich und Italien haben ein Abkommen geschlossen, sich gegenseitig zu unterstützen. Während England alle Gelegenheiten unbeachtet vorübergehen ließ, zeigten sich da bereits die Anfänge einer französisch-russischen Annäherung. Wenn auch eine solche französische Politik offiziell und offiziös in Abrede gestellt werde, so sei doch kein Zweifel daran, daß ein Umschwung erfolge. Inzwischen aber stehe die Türkei, die in Europa wieder ihren alten Platz auf beiden Seiten des Bosphorus eingenommen habe, in einem Bündnis mit Rußland und einer tatsächlichen Verständigung mit Frankreich und Italien. Die kleine Entente ebenfalls werde zweifellos Frankreich unterstützen.

Die deutsche Politik, so fährt Garvin fort, wird automatisch nach Rußland gedrängt. Die Mehrzahl der Deutschen hätte nunmehr die Ueberzeugung gewonnen, daß die englische Methode ihnen mehr geschadet als genützt hätte. Die einzige Wirkung des Vorgehens der verflochtenen Regierung sei, daß sie Frankreich geärgert habe, ohne Deutschland retten zu können, genau wie sie die Türken geärgert hätte und schließlich zum Ruin Griechenlands führte. Infolgedessen sei Deutschland nunmehr zu der Schlussfolgerung gelangt, daß es besser sei, sich in seiner elenden Lage mit Frankreich direkt zu verständigen. Auch in Paris habe man viel gelernt und werde zweifellos in direkten Verhandlungen mit Berlin größere Konzessionen machen, als man sie unter dem Druck einer Koalitionsregierung mit Rücksicht auf England zugestanden hätte.

Die französische Rechte beginnt sich mit dem Gedanken eines Bündnisses mit der deutschen Rechten vertraut zu machen. Die französische Linke dagegen befürwortet mehr ein Bündnis mit der deutschen Linken.

Die Reparationsfrage stellte England vor die Alternative: Entweder eine neue Entente, oder gar keine. Die Basis zu einer solchen könnte darin bestehen, daß man sich gegenseitig Vorteile biete. Ein Abkommen müsse endlich Frankreich die nötige Sicherheit und den Wiederaufbau gewähren, trotzdem aber das englische Weltreich stabilisieren und dem englischen Volke Arbeitsmöglichkeit verschaffen. Aber die Alternative für dieses Abkommen sei nicht die: „Hände weg von Europa!“ in dem Sinne, den man vor wenigen Wochen Bonar Law zugeschrieben habe.

Der Kampf um die Devisenordnung

Sitzung des Reichskabinetts und Beratung mit den Parteiführern.

Das Reichskabinett befindet sich seit heute vormittag in Beratungen, die in erster Linie die durch den Marksturz geschaffene innerpolitische Situation zum Gegenstand haben. Die vom Reichspräsidenten erlassene Devisenordnung hat in den Wirtschaftskreisen ernste Unzufriedenheit erregt, die ihren Niederschlag in einem Sturm von Petitionen der wirtschaftlichen Verbände, aber auch in politischen Erörterungen innerhalb der parlamentarischen Arbeitsgemeinschaft gefunden hatten. Namentlich die Bank- und Börsenkreise wünschen dringend die vollkommene Beseitigung der Beschränkungen des Devisenverkehrs durch die Wiederaufhebung der Reichspräsidentenverordnung. In den Industriekreisen scheint dagegen die Stimmung geteilt zu sein.

Der Hauptwiderstand richtet sich in einzelnen Branchen nicht so sehr gegen die Devisenordnung selbst, als gegen die Zweifel, die wegen ihrer Anwendung bestehen. Insbesondere hat die Möglichkeit große Unsicherheit erregt, daß Geschäfte, die vor Inkrafttreten der Verordnung auf der Grundlage der Valutazahlung abgeschlossen sind, nach Erlass der Verordnung nicht mehr durch Zahlung in fremden Werten reguliert werden dürfen. Die Bedenken dieser Kreise dürften aber wohl durch eine Interpretation der Verordnung geschlichtet werden, die die vertragsgemäße Abwicklung der bereits abgeschlossenen Geschäfte nicht hindert. Dagegen scheint es nicht so, als ob die Hoffnungen derjenigen sich verwirklichen werden, die, gestützt auf den großen parlamentarischen Widerstand am Sonnabend, bereits fest auf eine Aufhebung der Devisenordnung rechnen.

Auch in denjenigen Kreisen der Regierung, die bei der Auffassung der Devisenordnung Gevatter gestanden haben, verkennt man nicht die Mängel der naturgemäß sehr eilig erlassenen Verordnung. Ob diese Mängel durch vorherige Anhörung von Sachverständigen, wie vielfach gefordert wurde, zu vermeiden gewesen wären, mag dahingestellt bleiben. Jedenfalls hätte die vorherige Anhörung von Sachverständigen den Erfolg gehabt, den in früheren Fällen bereits derartige Besprechungen zeitig haben: eingeweihte Wirtschaftskreise hätten sich rechtzeitig auf die Verordnung vorbereitet können. Und gerade das wollte man naturgemäß vermeiden. Wesentliche Mängel der Devisenordnung sind übrigens gerade darauf zurückzuführen, daß man den Wünschen und Bedenken einzelner parlamentarischer Parteien, die man ja gut genug kannte, zu weit entgegengekommen ist. Daß man die Devisenbeschlagnahme unterlassen und insbesondere nicht die Nachprüfung der in den letzten Monaten abgeschlossenen Geschäfte angeordnet hat, mußte zur Folge haben, daß selbst diejenigen, die ohne wirtschaftliche Berechtigung größere Mengen Devisen besitzen, ihren Besitz in Ruhe behalten und ihn nun natürlich trotz der großen Dollarsteigerung nicht verkaufen, weil gerade sie fürchten müssen, bei der Wiederschaffung zu billigeren Kursen Schwierigkeiten zu haben. Dadurch ist das Angebot am Devisenmarkt noch weiter eingengt worden. Man darf wohl annehmen, daß auf dieser Zurückhaltung auch die besonders starken Steigerungen des Dollars nach dem Erlass der Devisenordnung beruhte.

Selbst wenn aber die Devisenordnung erheblich weniger Mängel aufwies, als es tatsächlich der Fall ist, so wäre eine isoliert dastehende Devisenordnung niemals geeignet gewesen, eine wirkliche Stützung für die Währung zu sein. Darüber ist sich auch die Regierung vollkommen klar gewesen. Es war deshalb auch in der letzten Kabinettsitzung beschlossen worden, neben die Devisenordnung noch andere Maßnahmen, insbesondere aber die Ausgabe von goldwerten Schatzscheinen treten zu lassen. In dieser Kabinettsitzung hat die Durchführung der Ausgabe der Schatzscheine das Reichsfinanzministerium als das zuständige Ressort für sich beansprucht. Während aber die Devisenordnung von Seiten des Reichswirtschaftsministeriums schon ausgearbeitet war und sofort erlassen werden konnte, hing das Reichsfinanzministerium erst nach dem Kabinettschluß mit den Vorbereitungen für die Durchführung des Projekts der Goldbonds an. Es vernahm zunächst Sachverständige, und zwar solche, die grundsätzlich gegen die Ausgabe von Goldbonds im augenblicklichen Stadium der Dinge waren, und es ist bisher von Seiten des Reichsfinanzministeriums nichts Positives geschehen. Dagegen wird gerade aus dem Reichsfinanzministerium eine Propaganda gegen die Devisenordnung betrieben, die hier und da sogar Formen annimmt, die nur noch ganz leicht den Gegenstand verhillen, der sich zwischen den Ressorts innerhalb der Reichsregierung unbeschadet der dringendsten Not des Vaterlandes nach wie vor auswirkt.

Auf diesen Gegensatz der Ressorts, der nicht etwa bloß ein persönlicher ist, sondern auf schweren sachlichen Meinungsverschiedenheiten beruht, ist die Verfahrensweise der augenblicklichen Lage am allermeisten zurückzuführen. Diese Gegensätze sind vermutlich in der im Augenblick noch fortdauernden Kabinettsitzung heftig aufeinandergeplatzt. Insbesondere die Sozialdemokraten verlangen neben